

Wir wollen kein Internat für hoch begabte Kinder

Landesverband Hochbegabung Baden-Württemberg e.V. erteilt Plänen der Landesregierung eine Absage

06.05.2002 Der Landesverband Hochbegabung Baden-Württemberg e.V. (LVH) hat der kürzlich beim Bildungskongress in Ulm geäußerten Absicht der Landesregierung, der Errichtung eines privaten Internats durch das Christliche Jugenddorfwerk (CJD) für hoch begabte Schülerinnen und Schüler zuzustimmen, dazu deutliche Ablehnung signalisiert.

BILDUNGSaufTRAG STAATLICHER SCHULEN

Hochbegabtenförderung – was nichts anderes ist als die Förderung von Spitzenschülern – gehört an jede einzelne staatliche Schule. Ein privates Internat für Hochbegabte würde sich zu einem Auffangbecken für schwierige hoch begabte Schülerinnen und Schüler entwickeln, für die sich die staatlichen Schulen nicht zuständig fühlen wollen, so wie dies durch das Fiasko mit dem CJD-Hochbegabteninternat Altensteig vor Jahren bestätigt worden war. „Beim heutigen Kenntnisstand für einen zweiten Versuch des CJD, etwa in Maulbronn, Gelder der Landesstiftung zu verbraten, ist absolut unangebracht,“ meinte dazu Theresa Müller am Dienstag (6. Mai 2002), 1. Landesvorsitzende des LVH. Sie verwies auch auf die in anderen Bundesländern gemachten negativen Erfahrungen mit Privatschulen, in denen Kinder nach IQ-Kriterien Aufnahme finden.

Müller hält solche Schulen für bildungspolitisch unklug, wissenschaftlich unbegründet und menschlich nicht nur für Schüler und Schülerinnen mit hohem IQ diskriminierend, sondern auch für staatliche Lehrkräfte. Würde mit diesem Schritt doch unterstellt, daß Lehrkräfte an staatlichen Schulen nicht in der Lage seien, hoch begabte Kinder zu fördern. Dagegen sprechen jedoch ganz eindeutig die Ergebnisse staatlicher Schulleistungszentren in den östlichen wie den westlichen Bundesländern, die - anders als die sog. Hochbegabten-Schulen – regelmäßig nationale und internationale Preisträger wie z.B. in den Naturwissenschaften hervorbringen.

ENTWICKLUNG SCHÄRFERER SCHULPROFILE

Nach Meinung des LVH sollte dagegen den Schulen in Baden-Württemberg im Rahmen der neu zu entwickelnden Bildungspläne die Möglichkeit gegeben werden, eigene Profile zu entwickeln, zu denen eine deutliche Leistungsorientierung gehören würde. Alle interessierten und leistungsorientierten Schülerinnen und Schüler könnten dann diese Spezialzüge besuchen, unabhängig davon, ob sie als hoch begabt identifiziert sind oder nicht. „Mathematisch-naturwissenschaftliche Spezialschulen, Gymnasien mit mehreren Fremdsprachen und bilinguaalem Zug sowie humanistische Gymnasien mit naturwissenschaftlich-technischen Angeboten auf hohem Niveau sind für lernbegeisterte Schülerinnen und Schüler attraktiver als ein einziges Internat mit Hochbegabtenförderung, über das bis jetzt keine Aussage vorliegt, was dort

überhaupt gefördert werden soll“, macht Müller deutlich. Haben sich anerkannte Gymnasien mit hohem Niveau und Nachfrage aus dem ganzen Land gebildet, wäre es dann immer noch ein Leichtes, eine Internatsunterbringung anzugliedern, wie es sich z.B. beim naturwissenschaftlichen Schülerforschungszentrum, einem Kooperationsprojekt mehrerer Schulen in Oberschwaben, aufgrund der großen Nachfrage in Bad Saulgau abzeichnet.

Müller gab darüber hinaus zu bedenken, dass die Ergebnisse der PISA-Studie gegen eine weitere Trennung einzelner Schülergruppen spricht. Während landesweit immer mehr Kinder aus Sonderschulen in den Regelunterricht integriert werden, sehen sich intellektuelle Frühentwickler nun plötzlich der unfreiwilligen Aussortierung und Entfernung auf eigene Kosten aus dem staatlichen Schulsystem gegenüber.

Bisher konnten diese jungen Frühentwickler integriert bleiben - vor allem weil ihnen, wie anderen leistungsbereiten Kindern auch – die Möglichkeit gegeben wurde, das Gymnasium in acht statt neun Jahren zu durchlaufen. Mit dem achtjährigen Gymnasium für alle ab 2004 gelte es daher erst recht, die Leistungsprofile der einzelnen Gymnasien noch weiter zu entwickeln.

LANDESVERFASSUNG GARANTIERT BEGABUNGSGERECHTE STAATLICHE FÖRDERUNG

Mit dem Alibi-Objekt eines privaten Hochbegabteninternats würde die Landesregierung nach Aussage des LVH nur die Fehler anderer Bundesländer wiederholen und eine verhängnisvolle Weichenstellung in der Begabtenpolitik vornehmen. „Bisher kann kein Schulleiter die Förderung hoch begabter Kinder verweigern, steht ihnen doch laut Landesverfassung Art. 11 das Recht auf eine ihrer Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung zu. Mit einem privaten Internat könnten diese Kinder wesentlich einfacher aus dem staatlichen Schulsystem abgeschoben werden und sich das Land aus seiner Verpflichtung schleichen nach der Devise: „Geh‘ doch ins Internat, wenn du hier unzufrieden bist!“ erklärte Theresa Müller.

ROLLE DER JUGENDÄMTER

Was mit einem privaten Träger außerdem nach einer Billiglösung für das Land aussehe und die Familien an den CJD-Schulen in Braunschweig monatlich mindestens € 1200 (DM 2400,-) und in Rostock € 1000 (DM 2000,-) kostet, kommt an ganz anderer Stelle als finanzielle Belastung auf das Land zurück: Ein Teil der Internats- und Schulkosten dieser Privatschulen wird über Jugendämter finanziert. So kostet z.B. am CJD Braunschweig die monatliche psychosoziale 24-Stunden-Betreuung eines jugendlichen Hochbegabten bisher über € 3500 (DM 7000,-). Bildungskosten in dieser Höhe würde kein Bundesland öffentlich für einen einzelnen Schüler als Förderbetrag ausweisen. Bundesweit gibt es auch keinerlei Erhebungen, welche Beträge über Jugendämter unter Hinweis auf drohende seelische Behinderung nach § 35a des Kinder- und Jugendhilfe-Gesetzes als ‚Hochbegabtenförderung‘ an in- und ausländische private Einrichtungen bezahlt werden.

DISKRIMINIERENDES ETIKETT

Was aber am allermeisten wiegt und worauf die Erwachsenenwelt in der Regel keinerlei Rücksicht nehmen, ist die strikte Ablehnung dieser Kinder, über das Etikett ‚hoch begabt‘ und nicht über ihre Neigungen und Stärken definiert zu werden. Wie aus England vorliegende Langzeit-Untersuchungen an jetzt Erwachsenen belegen, haben die meisten damit während ihrer Schulzeit so früh Etikettierten bis ins Erwachsenenalter darunter mehr oder minder schwer gelitten.

Um diese Leiden für nicht IQ-identifizierte Erwachsene hierzulande nachempfindbar zu machen, bleibt wahrscheinlich nur eines: Jede/n Baden-Württemberger/in einschließlich der Mitglieder der Landesregierung darauf zu verpflichten, ihr IQ-Schildchen deutlich sichtbar am Revers zu tragen!

Theresa Müller, LANDESVERBAND HOCHBEGABUNG BADEN-WÜRTTEMBERG e.V.